

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Initiative für eine atomwaffenfreie Welt unterstützen – Atomwaffen aus Deutschland abziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

US-Präsident Barack Obama hat mit seiner Rede zu einer atomwaffenfreien Welt einen Richtungswechsel in der nuklearen Abrüstungspolitik eingeläutet, der auch in Deutschland auf breite Zustimmung stößt. Seine Ankündigung, selbst sowie im internationalen Rahmen konkrete Schritte zu einer Welt ohne Atomwaffen einzuleiten, bedeuten ein Ende der abrüstungspolitischen Eiszeit der letzten Jahre. Deutschland kann dieses Vorhaben aktiv unterstützen. So lagern auf dem Fliegerhorst im rheinland-pfälzischen Büchel angeblich noch rund 20 US-Atombomben und Deutschland ist darüber sowie über die NATO an der nuklearen Teilhabe beteiligt.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

1. die Wiederbelebung der Vision einer atomwaffenfreien Welt durch den US-Präsidenten Barack Obama und die Ankündigung eigene konkrete Schritte einzuleiten;
2. die in diesem Zusammenhang zwischen US-Präsident Barack Obama und seinem russischen Kollegen Dimitrij Medwedjew aufgenommenen Gespräche über ein Nachfolgeabkommen für den START-I-Vertrag (Vertrag zur Verringerung der strategischen Nuklearwaffen);
3. die Absicht von Präsident Barack Obama, die Verhandlungen über einen FMCT-Vertrag (Vertrag über das Verbot der Produktion von waffenfähigem Spaltmaterial) initiativ voranzutreiben und dem US-Senat den CTBT-Vertrag (Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen) erneut zur Ratifikation vorzulegen;
4. die Bereitschaft Deutschlands diese Abrüstungsinitiativen mit eigenen konkreten Maßnahmen zu unterstützen und die diesbezügliche Ankündigung vom Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, sich für den Abzug der noch in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen einzusetzen;

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich Gespräche mit der US-Regierung über den Abzug der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen aufzunehmen;
2. dem Bundestag darüber Bericht zu erstatten und einen konkreten Zeitplan vorzulegen;
3. dem Beispiel Kanadas und Griechenlands zu folgen und die technische nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO zu beenden.

Berlin, den 22. April 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion